

GEW

EuWiS

September 2014

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

HALBZEITBILANZ

Was hat die große Koalitions im Saarland
bildungspolitisch bisher erreicht?

Was steht noch aus?



BILDUNG IST MEHRWERT!



04

Thema: Halbzeitbilanz

Editorial 03

Thema: Halbzeitbilanz 04

- 04 Wohlfühl-Regierung
Eine Bilanz der Gefühle nach zweieinhalb Jahren großer Koalition im Saarland
- 05 Geschwätz von gestern?
Eine kleine, (fast) unkommentierte Collage von Aussagen des Ministers - zu seiner Zeit als Ulrich Commerçon, MdL
- 06 Der Spielstand zur Halbzeit
- 08 Ausbildung ist Pflicht - nicht Kür
- 08 Recht auf Ausbildung statt Warteschleife
- 09 Über Hochschule weiter beraten!
- 10 Wo stehen die Schulen?
- 11 Qualität statt Quantität in Kitas

Schule 13

- 13 Wie wollen wir zusammenleben?
Das Courage-Netzwerk - Bundesfachtagung 2014
- 14 20 Jahre Salamanca Erklärung der UNESCO - aber die Umsetzung in Deutschland lässt auf sich warten
- 15 Die Suche nach dem Menschen
Über eine bildungs- und inklusionspolitische Notwendigkeit

Betriebs- und Personalräte berichten 16

- 16 Gebundener Ganzttag: 25 % mehr Lernzeit - 25 % mehr Ressourcen!

Gewerkschaft 18

- 17 Jahrzehntelang dabei
Mitgliederehrung des KV SB/VK
- 17 Fahrt zu den Schlachtfeldern von Verdun

Info & Service 19

- 18 Arbeitskammer-Filmtage 2014

Bücher & Medien 20

- 20 Kolja a Galina. Wa Kuebe reesen.
- 20 Said und der Hengst aus der Wüste
- 21 Wissen 2.0 für die Bildung
- 22 „Erste-Hilfe-Koffer“ mit Unterstützung für den Lehrerralltag
- 22 Wahrscheinlichkeit in der Grundschule

Geburtstage und Jubiläen 23

- 23 September 2014



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. – Do.: 09.00 – 12.00 Uhr,
13.00 – 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 – 12.00 Uhr, 13.00 – 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66 830-0,
Telefax: 0681 / 66 830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew-saarland.de

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 – 16.30 Uhr,
Mi.: 13.00 – 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66 830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 – 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4 15 10 06

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez, Tel.: 0681 / 66 830-14

Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Donnerstags 14.30 – 15.30 Uhr
Georges Hallermayer, GEW-Geschäftsstelle

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner
Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

Redaktionsschluss

06.10.2014
(November-Ausgabe)

06.11.2014
(Dezember/Januar-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681/66 830-0, Fax: 0681/66 830-17
info@gew-saarland.de

Redaktion
Peter Balnis, Agnes Bender-Rauguth,
Helmut Bieg (verantwortl.), Thomas Bock,
Anna Haßdenteufel, Matthias Römer

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez,
a.sanchez@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393 53 0, info@cod.de

Bildnachweis
u.a. pixelio.de, fotolia.de, privat

Layout
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

quasi als Reprise der nun schon einige Wochen zurückliegenden FIFA-WM ziehen wir Halbzeitbilanz. Die große Koalition im Saarland ist zweieinhalb Jahre im Amt und wir analysieren den Zwischenstand. Gerne würde ich jetzt eine Parallele zum Halbfinale der deutschen Mannschaft ziehen, aber bei aller Liebe sehen wir hier noch kein 5:0 für irgendwen. Vielmehr steht es 0:0 und irgendwie befürchtet man (Bauchgefühl), dass alsbald das 0:1 fällt und ein großes Weinen beginnt. Das haben wir ja alles nicht gewusst und bislang war es doch so schön, die AKK hat doch die Mannschaft so gut trainiert und jetzt das...

Natürlich muss es so nicht kommen, aber damit niemand nachher Ahnungslosigkeit vor-

täuschen kann ist diese Ausgabe vollgepackt mit Eckpunkten zur Halbzeitbilanz von schwarz-rot im Saarland:

Wir starten mit einer Betrachtung des deskopisch belegbaren diffusen Wohlgefühls, das unsere Regierung bisweilen verursacht, um dann einen Blick auf einige Bonmots des Kultusministers zu seiner Zeit als MdL zu werfen. Weiter geht es mit konkreten Erfolgen zur "Halbzeit" der Regierung. Ebenso werfen wir ein Auge auf die Ausbildungsbilanz im Saarland sowie die Hochschulsituation nach 2 ½ Jahren schwarz-rot. Und schließlich darf der Ist-Zustand saarländischer Schulen beim Thema Halbzeitbilanz genauso wenig fehlen wie die Rahmenbedingungen in Kitas.

Abgerundet wird das Ganze wie immer mit weiteren Artikeln aus verschiedenen anderen Bereichen.

Es bleibt also zu hoffen, dass das Spiel der Regierung in der zweiten Hälfte nicht noch eine gar schreckliche Wendung nimmt und der ein oder andere Minister ein paar Eigentore schießt. Ideal wäre stattdessen ein Libero Commerçon, der von einer starken Defensive bestehend aus den Spielern Storm und Toscani den Rücken freigehalten bekommt. Dann geht das Ganze auch zugunsten des Saarlandes aus. ■

Genug Fußballmetaphorik. Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Helmut Bieg



ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de

Wohlfühl-Regierung

Eine Bilanz der Gefühle nach zweieinhalb Jahren großer Koalition im Saarland

Mehr als nüchterne Ratio ist Politik immer ein Gefühl. Fragt man im Bekanntenkreis, wieso die Entscheidung für eine bestimmte Partei fiel, bekommt man oftmals vage Antworten, die eher etwas über das Gefühl gegenüber einer politischen Organisation aussagen als über harte Fakten und Zahlen.

Ich kann mich da nicht ausnehmen. Denn ich gestehe vorweg: Ich mag diese Landesregierung. Nicht wegen ihrer Erfolge oder des Umgangs mit Misserfolgen, sondern weil sie ein Wohlgefühl vermittelt. Damit bin ich offensichtlich nicht alleine: Laut Saarland-Trend des SR vom 15.05.2014 würden momentan 71 % der wahlberechtigten Saarländerinnen und Saarländer eine der beiden Regierungsparteien wählen, insgesamt sind 57% der Befragten mit der Arbeit der Regierung "zufrieden". Nach zweieinhalb Jahren ist das eine sehr gute Bilanz, andere Regierungen sind im schnelllebigen Politikbetrieb des 21. Jahrhunderts im selben Zeitraum pulverisiert worden.

Bauchgefühl

Es ist ein Gefühl irgendwo im Bauch: Die Protagonisten der Landesregierung wirken wie Saarländer von nebenan, die in ihrer Freizeit auch gern mal ein Bierchen trinken und den Schwenker anwerfen. Auf der Arbeit agieren sie weitestgehend geräuschlos miteinander, es gibt kein ständiges Gezeter um einzelne Politikfelder, keine ideologischen Grabenkämpfe, keine Weltuntergangsszenarien. Kein Herr Gabriel, der polternd die Frau Bundeskanzlerin vor sich herzutreiben versucht, kein Herr Seehofer, der lautstark Bayerns Gloria in Preußen vorantreibt, keine Kriegseinsätze in fremden Ländern, kein Streit um Ausnahmen beim Mindestlohn. Stattdessen Annegret, Anke, Stephan, Monika, Andreas, Reinhold und Uli, die das Saarland gemeinsam erhalten wollen und dafür kollegial das Möglichste tun.

Wertneutral gesprochen: Diese Regierung nimmt ihre Aufgabe als Landesverwaltung wörtlich. Sie verwalten. Und, um es positiv zu sagen: Es tut gut, sich anständig (wörtlich zu verstehen) verwaltet zu fühlen. In Zeiten, wo die großen Parteien oft weitreichende politische Schnittmengen haben wirkt Politzirkus geradezu wie absurdes Theater. Glaubt die Bundes-SPD wirklich, man fällt auf ihre Schmierkomödien herein, wenn ihre Politi-

ker so tun, als ob sie die Kanzlerin kritisieren? Glauben die Grünen ernsthaft, ihre linke Rhetorik zieht, wenn sie Koalitionen mit der CDU eingehen? Kurz gesagt: Der Bürger hat oft das Gefühl, verarscht zu werden.

Darin liegt die Stärke der saarländischen Regierungskoalition: Sie gibt einem genau dieses Gefühl nicht. Und das ist viel Wert. Die oft liebevoll AKK genannte Regierungschefin und ihr Kabinett sagen offen, dass unser Bundesland arm ist, aber bestmöglich gearbeitet wird, um das Ziel der Schuldenbremse zu erreichen und damit unsere Eigenständigkeit zu gewährleisten. Dafür haben sie das kleinste Kabinett Deutschlands gebildet, dessen Mitglieder unermüdlich die vielfältigen Probleme des Landes...nun ja, verwalten.

Verwaltung statt Gestaltung

Denn genau das ist die Kehrseite der Medaille und der Hauptkritikpunkt an der Regierung. Es gibt keine Ideen, keine Impulse, keine Visionen. Oft wird behauptet, dass Visionen und Ideen aufgrund der Haushaltsnotlage sowieso nicht realisierbar seien. Das mag stimmen. Gleichsam führt das Fehlen von Zukunftsvorstellungen über die Schuldenbremse hinaus zu einer gewissen Resignation: Wie soll das Saarland 2030 aussehen? Also, erstmal die Schuldenbremse bis 2020 und dann gucken wir mal. Wie werden unsere Schulen 2030 aussehen? Naja, irgendwas mit Inklusion. Darf aber nichts kosten. Wo fahren von Saarbrücken 2030 aus Züge hin? Och, also da müssen wir mal noch mit der Bahn und der SNCF reden, ändert sich in Berlin und Paris ja auch oft, wisst ihr. Sehen wir dann.

Natürlich: Der Gestaltungsspielraum ist geringstmöglich und viele Beteiligte sind erst einmal froh, dass Ruhe eingekehrt ist. Ein gutes Beispiel ist der Bildungssektor, der zwischen 2000 und 2011 quasi mit der Artillerie beschossen wurde und haufenweise Wahnsinn hervorgebracht hat. Ein großes Glück, dass der Minister hier sagt: Moment, wir verwalten jetzt erst einmal den Ist-Zustand und machen das Bestmögliche daraus. (Ohne Geld.)

Aber, wie so oft: Irgendwie fühlt man sich unter Commerçon wohler als vorher. (Bevor ein Aufschrei kommt: Gilt für die anderen Minister auch.) Vielleicht sollte man auch hoffen, dass AKK und Team weiterhin einfach nur verwalten. Dass sie weiter die Wohlfühl-Regierung sind. Denn die nächsten zwei Jahre müssen sie keine Wahl fürchten und die dunklen Rauchwolken der Hochschulpolitik lassen Schlimmes erahnen: Welche Grausamkeiten werden jetzt womöglich auf uns zukommen? Die neuerlichen Einsparungen verstümmeln die saarländischen Hochschulen so weit, dass irgendwann Lehre und Forschung dort nur noch ein schlecht finanzierter Witz sein werden. Was passiert mit den Schulen? 2004 wurde im Hauruck-verfahren die Schließung jeder dritten Grundschule beschlossen - wird es 2014 den Gemeinschaftsschulen ähnlich ergehen?

Wer keine Visionen hat, sollte zum Arzt gehen

Es ist zu befürchten, dass die Landesregierung in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode das Wohlgefühl auch bei besten Absichten nicht aufrecht erhalten können wird. Denn ja: Wir müssen sparen, der Spielraum ist eng. Aber gerade jetzt sollte sich das Verwalten mit einer Vision paaren. Einer Vision davon, wie das Saarland nicht nur zu erhalten ist sondern wie es denn bitteschön nach 2020 aussehen soll. Wie denn die Inklusion ausgestaltet wird in den nächsten, sagen wir 10 Jahren. Wie denn das Schienenverkehrskonzept mittelfristig aussehen wird. Also, ernsthaft jetzt. Ganz konkret würde es zum Beispiel auch Schulleitern sehr helfen, eine mittelfristige Personalplanung zu machen, statt ab Mitte Juli erst das nächste Schuljahr planen zu können. So viele Ideen, und sie würden alle zum wichtigsten Faustpfand dieser Regierung beitragen: Zum Wohlgefühl. Sich zurücklehnen und sagen zu können: Danke AKK, danke Anke. Auch noch weitere zweieinhalb Jahre. ■

Helmut Bieg



Geschwätz von gestern?

Eine kleine, (fast) unkommentierte Collage von Aussagen des Ministers - zu seiner Zeit als Ulrich Commerçon, MdL

Als damals "einfacher" Abgeordneter und Bildungsexperte der SPD Saar äußerte sich Minister Commerçon natürlich schon vor seinem Amtsantritt des Öfteren zu bildungspolitischen Themen.

Die folgende Auswahl ergab sich nach etwas Internet-Recherche: Ein Interview mit dem Vorwärts sowie sein altes Blog "Macht Bildung" sind vertreten. Letzteres ist zwar nicht mehr online (der letzte Eintrag war von Anfang 2012....hmmmm....) aber durch das Internet Archive durchaus noch zugänglich.

Viel Spaß bei der Lektüre, liebe Genossinnen und Genossen.

Am 30.08.2011 zu den Hochschulsparplänen der damaligen Jamaika-Regierung:

"[...]Die Regierungspartei CDU will selbst gar nicht mehr sagen, wohin es mit diesem Land und seinen Hochschulen gehen soll. Der politische Gestaltungswille der Mehrheitsfraktion ist auf dem Nullpunkt angelangt.

Wer, wenn nicht die Landespolitik, das gewählte Parlament und die Regierung soll denn sagen, in welche Richtung sich die Hochschulen des Landes entwickeln sollen. Es ist geradezu perfide und stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Wer schiebt denn hier wem den ‚Schwarzen Peter‘ zu? Noch im letzten Jahr hat die Landesregierung die Universität gegen deren Willen gezwungen, eine Grund- und Hauptschullehrerausbildung aus dem Boden zu stampfen, obwohl gerade in der Lehrerausbildung doch eine Stärke des kooperativen Föderalismus liegt, die es eher auszubauen gilt.

Zunächst einmal muss doch die Politik klar formulieren, welchen Beitrag für die Fortentwicklung des Saarlandes sie von den Hochschulen, zu denen im Übrigen nicht nur die Universität, sondern auch die Fachhochschulen und Akademien gehören, erwartet. Dann

müssen wir definieren, was das kostet, welche Einnahmen und Erträge wir bei welchen Maßnahmen erwarten können und welche Mittel wir bereit sind dafür einzusetzen. Im Dialog mit allen Betroffenen - Hochschulleitungen, Lehrenden, Studierenden, Gesellschaft und Wirtschaft - müssen wir schließlich sagen, was geht und was nicht. [...]

Nach zwölf Jahren Regierungserklärung den Scherbenhaufen den Betroffenen vorzuwerfen mit der Bemerkung: „Seht zu, wie Ihr klar kommt!“ ist eine völlige Bankrotterklärung der CDU-Bildungspolitik.

In diesem Zusammenhang am 09.06.2011 zum pwc-Gutachten:

Jetzt ist also die Katze aus dem Sack: Die Schulen und Hochschulen sollen bluten, um den Haushalt des Saarlandes zu sanieren. Das jedenfalls ist das eindeutige Ergebnis des im Auftrag der Landesregierung von der Beratungsfirma pwc vorgelegten Gutachtens

„Analyseergebnisse aus der Haushaltsstrukturkommission des Saarlandes - Konsolidierungspotenziale im Ländervergleich“

Die dort vorgeschlagenen Einsparungen von 32 Mio. Euro bei den Hochschulen und 39 Mio. Euro bei den Schulen des Landes machen rund ein Drittel des Gesamtvolumens der vorgeschlagenen Einsparungen (226 Mio.) aus. Damit übertrifft das Wirtschaftsprüfungsunternehmen im Ausmaß der Sparwut sogar noch meine Befürchtungen. Die sogenannte "Schuldenbremse" wird für das Saarland in Wahrheit zur "Bildungsbremse". Besonders perfide an den Empfehlungen der Berater ist der Weg, auf dem diese Zahlen ermittelt wurden. Generell sollte der direkte Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben des Saarlandes mit den anderen westdeutschen Flächenländern herangezogen werden. [...]

[beides von: <https://web.archive.org/web/20111214231548/http://www.macht-bildung.de/>]

Und hier Teile des Vorwärts-Interviews von 2010:

[...] der Bildungsbereich ist immer wieder Opfer von Spardiskussionen. Viele Reformankündigungen von Jamaika sind leider nicht mehr als heiße Luft und bringen keine nachhaltigen Veränderungen. Jüngstes Beispiel ist die Streichung von Projektmitteln bei den Freiwilligen Ganztagschulen, um zusätzliche Betreuungsplätze zu finanzieren. Die Landesregierung setzt verdeckt ständig den Rotstift an: Lehrerstellen, die aufgrund zurückgehender Schülerzahlen frei werden, werden gestrichen; die Schulbuchausleihe ist chaotisch geplant und teuer; und jetzt sollen auch wieder Schulen geschlossen werden.

[...]

Unsere Schulklassen sind immer noch zu groß, die Zahlen liegen zum Teil weiter über 30 Kindern pro Klasse. Die Landesregierung schiebt den schwarzen Peter oft den Schulen zu. Das geht nicht. Wir brauchen hierzu verbindliche Regeln. Außerdem brauchen wir ein flächendeckendes Angebot echter Ganztagschulen mit einer qualitativen Verzahnung des Vor- und Nachmittagsbereichs. Wir müssen die Schulen in die Lage versetzen, sich an ihre Schülerinnen und Schüler anzupassen - nicht umgekehrt. Dazu brauchen wir mehr Sozial- und Sonderpädagogen. All das wird es nicht zum Nulltarif geben, unsere Kinder sollten uns das aber wert sein.

[<http://blog.vorwaerts.de/artikel/wir-streiten-fuer-mehr-bildungsqualitaet>]

Es lohnt sich, gelegentlich an solche Aussagen aus der Zeit vor dem Ministeramt zu erinnern und zu fragen, was daraus geworden ist. ■

Helmut Bieg

ANZEIGE

DA BIST DU JA!

Meron, 5 Jahre

Viele Kinder wie Meron suchen Hilfe.

WERDE PATE!

World Vision
Zukunft für Kinder!

WORLDVISION.DE

DZI Spenden-Siegel



Der Spielstand zur Halbzeit

Ulrich Commerçon war im Mai 2012, also kurz nach seinem Amtsantritt, zu Gast beim Landesvorstand der GEW. In diskussionsfreudiger Runde erläuterte der Minister seine bildungspolitischen Ziele für die damals gerade begonnene Legislaturperiode. Pünktlich zur Halbzeit wollen wir analysieren, wie viel Wegstrecke die Landesregierung in Richtung der von Commerçon angepeilten Ziele im Einzelnen zurückgelegt hat.

Bildungsinvestitionen

Das Zukunftsressort Bildung und Kultur sollte nach der Aussage von Commerçon von der neuen Regierung deutlich als solches positioniert werden. Das von Commerçon formulierte Ziel war die Steigerung des Anteils der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt auf über 30 %.

Zwar nimmt die GEW wahr, dass die Bildungsausgaben im Saarland steigen, sie jedoch von der angepeilten 30 %-Marke noch weit entfernt sind. Zudem sieht die mittelfristige Finanzplanung vor, jährliche Steigerungen nur noch bis zum Jahr 2015 vorzunehmen. Danach sinken die Ausgaben des Bildungsministeriums; die Ausgaben für die Hochschulen werden schon ab 2015 zurückgefahren.

Der Bildungsfinanzbericht 2013, der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und der Kultusministerkonferenz von Statistischen Bundesamt erstellt wird, belegt nach Ansicht der GEW, dass das Saarland bei den Bildungsausgaben auch weiterhin einen kräftigen Nachholbedarf hat. Die in der langfristigen Haushaltsplanung in Aussicht gestellten Ausgaben für den Bildungsbereich sind nicht dazu geeignet, diesen Nachholbedarf zu decken.

Frühkindliche Bildung

Die Zielmarke bezüglich der bereitzustellenden Betreuungsplätze für unter Dreijährige von 35 % kann inzwischen insgesamt nahezu erreicht werden. Alle Kreise liegen mittlerweile bei über 30 %. Betrachtet man jedoch die unterschiedlichen Bedarfe der einzelnen Kreise, so ergibt sich nach wie vor ein Bild des Mangels, bzw. der Fehlallokation. Kann der Landkreis St. Wendel mit einer ca.40 %-igen Betreuungsquote die Nachfrage mehr als gut abdecken, so sieht sich der Regionalverband mit einer ca. 30 %-igen Betreuungsquote einem Betreuungsbedarf von ca. 60 % konfrontiert. Hier muss deutlich nachgelegt werden -

und zwar ohne die Qualität der vorhandenen Plätze, z.B. durch die Erhöhung des Betreuungsschlüssels, zu schmälern.

Ausbau gebundener Ganztagschulen

Bis zum Ende der Legislaturperiode ist die Gründung von 25 neuen gebundenen Ganztagschulen angepeilt. Ziel sei es - so der Minister im Frühjahr 2012 - bis zum Schuljahr 2014/15 in jedem Landkreis mindestens eine gebundene Ganztagschule - v.a. im Grundschulbereich - anzubieten. Im Grundschulbereich gab es bis dahin 4 (3 im Regionalverband Saarbrücken und eine in Saarlouis). Hinzugekommen sind 4 weitere, eine in Neunkirchen, eine in Wadgassen und 2 im Regionalverband Saarbrücken.

Im Sekundarbereich gab es bis dahin 2 (in Neunkirchen und in Saarbrücken). Hinzugekommen sind in diesem Bereich 5 (Dillingen, Völklingen, Merxweiler, St. Wendel und eine weitere in der Stadt Saarbrücken).

Bilanz nach Landkreisen bzw. Regionalverband:

- Saarbrücken
5 Grundschulen, 3 Gemeinschaftsschulen
- Neunkirchen
1 Grundschule, 2 Gemeinschaftsschulen
- Saarlouis
2 Grundschulen, 1 Gemeinschaftsschule
- Merzig-Wadern
0 Grundschulen, 0 Gemeinschaftsschulen
- St. Wendel
0 Grundschulen, 1 Gemeinschaftsschule
- Saarpfalz
0 Grundschulen, 0 Gemeinschaftsschulen

Angesichts eines Landkreises ohne gebundener Ganztagsgrundschule und zweier Landkreise, in denen es den gebundenen Ganztags weder im Primarbereich noch im Sekundarbereich gibt, ist die Landesregierung von Commerçons Zielvorgabe noch ein ganzes Stück entfernt. Übrigens fällt an dieser Stelle auf, dass es im ganzen Land kein einziges Gymnasium in der gebundenen Ganztagsform gibt, obwohl dies besonders im städtischen Bereich sinnvoll wäre. Die Erreichung der der Zielvorgabe von 25 Neugründungen bei bisher 9 erfolgten scheint ebenfalls sehr unwahrscheinlich, wenn die Landesregierung hier nicht noch erhebliche Kraftanstrengungen unternehmen sollte. Wir werden sehen, ob das im Juli von der Landesregierung angekündigte Programm zur Förderung von Investitionsmaßnahmen an Schulen mit Ganztagsangeboten den Ausbau des gebundenen Ganztags beschleunigt.

Commerçon sprach vor zweieinhalb Jahren davon, dass die Regierungskoalition erwäge, die Bereitstellung gebundener Ganztagschulen zur kommunalen Pflichtaufgabe zu erheben. Dies ist geschehen. Jedoch ist zu überdenken, ob den Kollegien und den Eltern



die Entscheidungsmacht über die Gründung einer gebundenen Ganztagschule zugesprochen werden sollte. Die Ereignisse um die Grundscheide haben gezeigt, wie eine kommunalpolitisch sinnvolle Entscheidung durch einige wortstarke Gegner aus der Elternschaft zum Kippen gebracht wurde.

Gemeinschaftsschule

In Bezug auf die Gleichwertigkeit von Gymnasium und Gemeinschaftsschule bleiben weiterhin unterschiedliche Unterrichtsverpflichtung, unterschiedliche Besoldung, unterschiedliche Ressourcenverteilung (z.B. Funktionsstellenstruktur, Schuldeputate, Schulleiterdeputate, etc.) und Unterschiede im Prozedere der Abschlussvergabe (HSA und MBA am Gymnasium ohne Prüfung) als bildungspolitische Baustellen bestehen. Hier tut sich bisher wenig. Lediglich der Bauabschnitt „Funktionsstellenstruktur“ beginnt allmählich Formen anzunehmen. Von den bis zum Jahr 2020 angepeilten ca. 30 zusätzlichen Stellen pro Jahr, wurden im ersten Jahr etwa zwei Drittel ausgeschrieben und bereits etwa die Hälfte besetzt.

Vorrangig waren dabei die Stellen der Zweiten Stellvertretenden SchulleiterIn als Didak-

tikerIn ehemaliger Erweiterter Realschulen. Stellt man die Anlaufschwierigkeiten eines solchen Prozesses in Rechnung, kann man dies als einen guten Wert betrachten. Wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr die Marke von zusätzlichen 30 Stellen erreicht wird.

Was die 6 Deputatsstunden für konzeptionelle Planungs- und Entwicklungsarbeit anbelangt, so ist anzumerken, dass diese Stunden für das Schuljahr 2015/16 nochmals jeder Schule zur Verfügung gestellt werden. Die GEW wertet dies als einen positiven Schritt, empfiehlt jedoch eine Beibehaltung dieser zusätzlichen Ressource, um die Nachhaltigkeit der Entwicklungsprozesse der einzelnen Schulen zu sichern.

Inklusion

Die Inklusion bezeichnete der Minister als die entscheidende Strukturfrage der Zukunft. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen. Im nächsten Schuljahr startet die Inklusion an den Grundschulen, 2016/17 an den weiterführenden Schulen und ein Jahr darauf an den beruflichen Schulen im Saarland.

Die personellen Ressourcen für die Inklusion sollen allein durch die Verlagerung von

Förderschullehrkräften an die Regelschulen erfolgen. Ein erster Schritt dazu ist getan.

120 FörderschullehrerInnen werden an die ca.160 Grundschulen abgeordnet. Dies reicht bei Weitem nicht aus. Erfolgreiches inklusives Lernen bedarf darüber hinaus der Schaffung multiprofessioneller Teams. SozialpädagogInnen und ErzieherInnen müssen diese Teams ergänzen. ■

Thomas Bock,
Andreas Sánchez



ANZEIGE

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.



Ausbildung ist Pflicht - nicht Kür

Ausgerechnet im von der Landesregierung auserkorenen „Jahr der Fachkräftesicherung“ ist die Ausbildungsbilanz im Saarland verheerend ausgefallen. Mit einem Minus von 11,6 % (7.407 Verträge) wurden im vergangenen Jahr so wenig Ausbildungsverträge abgeschlossen wie zuletzt Mitte der 1990er Jahre. Damit dürfte die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zuletzt für das Jahr 2011 ermittelte Quote von 27,9 % ausbildender Betriebe weiter gesunken sein. Dabei gehört das Thema Ausbildung zu den wichtigsten betrieblichen Strategien wenn es um die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs geht. Ein Bedarf, den auch die saarländische Wirtschaft bereits seit längerem beklagt und den sie mit der geringen Ausbildungsbereitschaft nicht werden decken können.

Um den Bedarf auch angesichts der demografischen Entwicklung decken zu können, bedarf es eines deutlich stärkeren Ausbildungsengagements. Die Unternehmen müssen aber nicht nur ihr Ausbildungsengagement erhöhen, sie müssen zukünftig vor allem ihre Einstellungspraxis ändern und verstärkt Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung einräumen, die zu den schwächeren gehören. Trotz rückläufiger Schülerzahlen und einer in den letzten Jahren gestiegenen Studierneigung ist die Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildung machen möchten, nach wie vor sehr groß. 2013 haben von den 10.845 Jugendlichen, die bei der Arbeitsverwaltung als ausbildungsinteressiert registriert waren, allerdings nur 68,3 % einen Ausbildungsplatz bekommen.

Ausbildung von Hauptschülern lohnt sich

Somit ging rund jeder dritte Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Unter Ihnen finden sich vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder einem Migrationshintergrund. Ihnen gelingt eine Berufsausbildung oft erst nach längerer Suche und der Teilnahme an einer der diversen Übergangsmaßnahmen. Nach Angaben des Nationalen Bildungsberichts 2012 gibt es eine „faktische Abschottung“ von annähernd der Hälfte der Ausbildungsberufe für Jugendliche mit „niedrigem“ Schulabschluss. Dabei ist die Situation paradox: Während einerseits Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben und sich die Unternehmen beklagen, keine geeigneten Auszubildenden zu finden, suchen andererseits gerade auch Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz. Dabei belegt eine im Oktober vergangenen Jahres vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veröffentlichte Studie, dass Betriebe, die Jugendliche mit Hauptschulabschluss ausbilden, mit diesen überdurchschnittlich zufrieden sind. Viele Ausbildungsbetriebe sind sich offensichtlich des Potentials dieser Jugendlichen nicht bewusst.

Jugendliche und Betriebe unterstützen

Die Arbeitskammer fordert die Betriebe daher auf, nicht nur mehr auszubilden, sondern vor allem alle Jugendlichen für eine Ausbildung in den Blick zu nehmen. Für die Unternehmen bedeutet dies aber, dass sie

ihre Anforderungen und Erwartungen sowie ihre Einstellungstests verändern bzw. den Erfordernissen anpassen. Betriebe, die diesen Weg beschreiten, dürfen dabei jedoch nicht alleingelassen werden - sie brauchen Unterstützung. Diese kann beispielsweise durch eine öffentliche Förderung erfolgen, insbesondere durch den Ausbau ausbildungsbegleitender Hilfen und die Schaffung von Betreuungs- und Beratungsangeboten. Denkbar ist hier die Unterstützung von Betrieben durch ein externes Ausbildungsmanagement bzw. eine assistierte Ausbildung.

Nach Auffassung der Arbeitskammer stehen die Unternehmen in der gesellschaftlichen Verantwortung, bei der Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten auch die langfristigen Qualifikationsbedarfe der Wirtschaft insgesamt in den Blick zu nehmen. Damit der Fachkräftebedarf und damit auch der Wirtschaftsstandort Saarland gesichert werden kann, nicht zuletzt aber auch um einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu gewährleisten, spricht sich die Arbeitskammer für die Einführung von Branchenfonds aus. Angesichts der Verwerfungen auf dem Ausbildungsmarkt gilt es darüber hinaus eine Ausbildungsgarantie zu realisieren, die Warteschleifen im Übergang von der Schule in den Beruf abzubauen und die Qualität der Ausbildung zu steigern. Denn: Junge Menschen haben ein Recht auf eine gute Ausbildung. ■

Roman Lutz,
Arbeitskammer

bereits erschienen in „arbeitnehmer“,
Heft 4/2014

Recht auf Ausbildung statt Warteschleife

Knapp einem Drittel der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gelingt nicht der direkte Sprung von der Schule in die Ausbildung. Die Zahl derjenigen, die im Übergangssystem landen ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Dies zeigt, dass die Unternehmen die durch den demografischen Wandel sinkenden Bewerberzahlen kaum genutzt haben, um junge Menschen auszubilden, die bisher keine Chance auf dem Ausbildungsmarkt hatten. Betrachtet man die schulische Vorbildung dieser Jugendlichen, so stellt man fest, dass 74 % von ihnen bereits

einen Hauptschulabschluss erreicht haben und 6,5 % sogar über einen höherwertigen Schulabschluss verfügen. Lediglich 19,5 % der Jugendlichen, die sich im Übergangsbereich befindenden, haben keine abgeschlossene Schulausbildung. Diese Zahlen verdeutlichen, dass nur ein Teil der jungen Menschen im Übergangsbereich gelandet ist, weil ihnen die schulischen Voraussetzungen fehlen. Sie belegen vielmehr, dass Unternehmen Jugendliche mit Hauptschulabschluss für ausgeschriebene Ausbildungsplätze meist erst gar nicht in Betracht ziehen.

Für die Betreuung der Jugendlichen im Übergangsbereich steht ein großes Angebot an unterschiedlichen Unterstützungsleistungen verschiedener Sozialleistungsträger zur Verfügung. Allen Maßnahmen ist jedoch gemein, dass sie keine auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Ausbildungsabschlüsse vermitteln. Sie geben allerdings einem Teil der Jugendlichen, neben dem Erwerb beruflicher Grundkenntnisse, die Gelegenheit, allgemeinbildende Schulabschlüsse nachzuholen und bieten somit die Möglichkeit, individuelle Voraussetzungen für die Aufnahme einer

Berufsausbildung zu verbessern. Viele Studien weisen jedoch darauf hin, dass mit diesen Maßnahmen der Übergang in die berufliche Bildung nur unzureichend gelingt. Im Schnitt verbleiben alle Jugendlichen, die in die Maßnahmen des Übergangsbereichs einmünden bis zu 17 Monate in diesem System. Relativ viele durchlaufen dabei zwei oder mehr Maßnahmen. Jeder dritte Jugendliche mündet auch nach zwei Jahren nicht in eine Berufsausbildung ein. Die Arbeitsmarktrisiken für diese Jugendlichen sind drastisch. Bei einer fehlenden Berufsausbildung kann heute weniger denn je mit einer dauerhaften existenzsichernden Integration in das Beschäftigungssystem gerechnet werden. Die Wirtschaft kann es sich gleichzeitig nicht länger leisten, das Potenzial dieser Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt außer Acht zu lassen.

Um die Zukunftsperspektiven dieser Jugendlichen zu verbessern und zugleich ihre Potenziale auf dem Arbeitsmarkt nutzen zu

können, ist es deshalb wichtig, dass mehr Ausbildungsplätze angeboten werden und die „faktische Abschottung“ vieler Ausbildungsberufe für Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen beendet wird. Hierzu ist Unterstützung für die Unternehmen notwendig. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden. Des Weiteren benötigen Jugendliche, die nur aufgrund mangelnder Ausbildungsangebote keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, keine „Warteschleifen“. Sie müssen einen Rechtsanspruch auf eine Ausbildung erhalten. Die Ausbildungsgarantie nach dem sogenannten „Hamburger Modell“ ist ein Beispiel, wie der Übergang in eine Ausbildung sinnvoll strukturiert werden kann: Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, absolvieren das erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule. Mit dem nächsten Ausbildungsjahr wechseln die Jugendlichen entweder in eine duale oder eine betriebsnahe Ausbildung unter Anerkennung

der bisher absolvierten Ausbildungsinhalte. Im Rahmen dieser Ausbildungsgarantie müssen sich Unternehmen allerdings an der Finanzierung beteiligen. Damit soll gewährleistet werden, dass außerbetriebliche Ausbildungsangebote die Betriebe nicht zum Ausbildungsrückzug ermuntern. ■

Lisa Hau
Arbeitskammer

bereits erschienen in „arbeitnehmer“,
Heft 4/2014



Über Hochschule weiter beraten!

Eine strategische Entwicklungsplanung für die saarländischen Hochschulen gehörte zu den Schwerpunkten des 2012 beschlossenen Koalitionsvertrages. Schon darin waren die angedachten Vorhaben von Eklektizismus gekennzeichnet. Das gilt auch für die am 16. Juli 2014 vom Landtag beschlossenen Eckpunkte zur Hochschulentwicklung. Die GEW hatte deshalb - leider vergeblich - in einem Brief an alle Landtagsabgeordneten appelliert, diese Eckpunkte nicht zu beschließen und stattdessen eine notwendige und seit langem überfällige Debatte über die Hochschulandschaft unter Einbeziehung der Betroffenen zu führen. Der Brief nimmt auch zu den Vorschlägen Stellung, die den Organisationsbereich der GEW betreffen (siehe gew-saarland.de).

Die GEW hält es für problematisch, die Plätze für das Lehramtsstudium ausschließlich am geschätzten Einstellungsbedarf saarländischer Schulen auszurichten, weil dadurch die Bedarfe anderer Bundesländer und die über den Lehrerberuf hinausgehenden pädagogisch-didaktischen Berufsfelder (Erwachsenenbildung, Verlage, Jugendarbeit, betriebliche Aus- und Fortbildung etc) ignoriert werden.

Das kleine Saarland ist bei der Lehrerausbildung auf die Kooperation mit anderen Bundesländern angewiesen, um das fachliche Niveau zu sichern und geeigneten jungen

Menschen auch jenseits der Landesgrenzen Chancen zu bieten. Dazu müssen Lehramtsstudiengänge miteinander kompatibel gemacht werden. Gute Ausbildungsbedingungen im Vorbereitungsdienst, konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen und vor allem eine gute Bezahlung sind ebenso wichtig. Davon ist das Saarland zurzeit weit entfernt - so ist z.B. die Absenkung der Eingangsbesoldung eher abschreckend, als dass dadurch qualifizierte Lehrkräfte für den saarländischen Schuldienst gewonnen werden können. Auch die angekündigte Deckelung der Besoldungserhöhung auf max. 1,5 % macht den saarländischen Schuldienst nicht attraktiver.

Sollten die Fachbereiche Musik und Kunst von der UdS an die HBK bzw. HfM verlagert werden, dann muss unbedingt gewährleistet sein, dass ausreichend pädagogisch und didaktisch ausgebildete Absolventen für den Schuldienst zur Verfügung stehen, denn Bildende Kunst und Musik sind schon heute absolute Mangelfächer an den Schulen.

Der Vorschlag, den Kombinationsstudiengang "Primar- und Sekundarstufe I" auf eine reine Primarstufenausbildung zu fokussieren, entspricht Vorstellungen der GEW, wenn damit auch das Thema „Umgang mit Heterogenität“ verbindlich verankert wird. Das muss aber nicht zu einer Reduzierung der Studienplätze führen.

Die in den Eckpunkten angedeutete Vernetzung der Studiengänge von UNI und HTW im Bereich Bildung und Sozialwissenschaften und ein darauf aufbauender Masterstudiengang werden von der GEW ausdrücklich unterstützt, weil sich dadurch auch die Beschäftigungsperspektiven der Absolventen verbessern können. Richtig ist auch die Überlegung, in der Lehrerbildung freiwerdende Ressourcen für die HTW Studiengänge Soziale Arbeit und Pädagogik der Kindheit zu nutzen. Es sei daran erinnert, dass durch den Rückzug des Bistums Trier das Studienangebot der ehemaligen KHSa drastisch reduziert wurde.

Die angedachte Gründung eines saarländischen Hochschulzentrums für akademische Weiterbildung ist sinnvoll, wenn dadurch die öffentliche Verantwortung und soziale Ausgewogenheit in diesem immer stärker kommerzialisierten Bereich gewährleistet wird. ■



Peter Balnis
GEW-Landesvorsitzender

Wo stehen die Schulen?

„Niemandem wehtun“ scheint die momentane Devise in der SPD-geführten Bildungsadministration zu sein, wenn es um die Schulen und deren Entwicklung im Land geht. Keine unvernünftige Haltung, hält doch die Kulturpolitik und die damit verbundenen Millio-nenaufwendungen den Minister ausreichend auf Trab, als dass er an anderer Stelle noch eine neue Front eröffnen müsste. Weil wenig passiert und in vielen Bereichen auch nur vage Ankündigungen im Raum stehen, fällt es schwer eine Halbzeitbilanz in Sachen Schulpolitik zu ziehen. Wir wollen es dennoch versuchen.

In Sachen Schulschließungen hält man sich vollkommen bedeckt. Es mag sein, dass nach Erscheinen dieser Ausgabe genau dieses Thema wieder auf die Agenda kommt weil die Kommunalwahlen nun geschlagen sind und wie immer nach einer Wahl die Zeit reif ist für die kleinen Grausamkeiten des politischen Geschäfts. Wir können davon ausgehen, dass es einige kleinere Schulen treffen wird und dass es in Zukunft Gemeinden geben wird, die nicht mehr über ein weiterführendes Schulangebot verfügen werden. Da es aufgrund der prekären Finanzlage wohl unumgänglich sein wird, wünscht man sich an dieser Stelle zumindest Klarheit in der Politik. Auch wenn hier an erster Stelle durch die gesetzliche Lage zunächst einmal die Träger der Schulen gefordert sind, so wäre es für alle Beteiligten der bessere Weg, eine langfristige Schulentwicklungsplanung zu präsentieren, die auflistet, welche Schulen wann geschlossen werden. Das Ganze peu à peu unter anderem durch eine große Anfrage der Grünen an die Öffentlichkeit sickern zu lassen ist eigentlich kein guter Stil.

Dass echte Ganztagschulen eines der Hauptanliegen des Ministers sind, nimmt man ihm gerne ab. Dennoch geht der Ausbau nur schleppend voran. Die Bertelsmann-Stiftung hat erst jüngst in einer Studie die unterdurchschnittliche Anzahl von echten Ganztags-schulplätzen im Saarland zu recht kritisiert und einen weiteren Ausbau gefordert. Hier steckt man im Dilemma. Denn wenn nur wenige Schulen einen Antrag auf Umwandlung stellen, dann fällt es auch der Politik schwer, weitere Ganztagschulen zu etablieren. Auf der anderen Seite müsste man überlegen, inwieweit es der Politik gelingen kann, mit deutlicheren Vorschriften auch die eine oder andere Schule zu einer schnelleren Umwandlung zu bewegen. So ist es schulpolitisch inakzeptabel, dass sich immer noch kein

Gymnasium unter den echten Ganztags-schulen befindet. Man stellt sich die Frage, ob an dieser Stelle nicht der Widerstand gesellschaftlicher Gruppen, wie wir ihn in im Falle der Grundschule Scheidt erlebt haben, einer der Gründe ist, die den Minister noch vor solchen Maßnahmen zögern lassen. Das Schönreden der Freiwilligen Ganztags-schule findet zwar immer noch statt, aber nicht mehr in dem Maße wie bei den beiden Vorgänger-regierungen. Das die Schönfärberei zumindest in den Medien teilweise ein Ende gefunden hat, ist zu begrüßen. Die fachliche Deprofes-sionalisierung in diesem Bereich geht aber nach wie vor voran und muss weiter beobachtet werden. Ohnehin scheint gerade die Umwandlungsdiskussion hin zu echten Ganztags-schulen zu zeigen, dass echte Weiterentwicklung von Schulen und Bildungssystemen nicht ausschließlich an die Mitentscheidung von Eltern geknüpft werden darf sondern auch klare politische Vorgaben enthalten muss. Politik darf sich in diesem Zusammen-hang nicht hinter dem Elternwillen verstecken, denn dies führt zu einer Oligarchie der kampagnenfähigen Teile der Elternschaft.

Die Gemeinschaftsschule und deren Ausbau geht voran. Ob Gleichwertigkeit für diese Schulform erzielt werden kann, indem man die Bedingungen von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen angleicht ist nach wie vor angesichts der Schülerschaft und der veränderten Ausgangsbedingungen fraglich. In dieser Hinsicht fehlt immer noch ein klares Bekenntnis der Landesregierung, zumal es absehbar ist, dass die Gemeinschaftsschulen einen Großteil der Last aus der Inklusion im weiterführenden Bereich zu tragen haben. Der sukzessive Ausbau der Funktionsstellen an den Gemeinschaftsschulen kann hier nur ein erster Schritt sein, langfristig muss die Personalzuweisung an dieser Schulform auf andere Weise als an den Gymnasien erfolgen, um eine echte Gleichwertigkeit zu erzielen. In diesem Zusammenhang sei auch der Ausbau der Oberstufen erwähnt. Auch hier ist bisher keine Weiterentwicklung erkennbar. Es mag sein, dass für diese Frage noch Zeit ist, aber eine Planungssicherheit wäre auch in diesem Falle für alle Beteiligten die bessere Variante.

Inwieweit die so genannte ‚demografische Rendite‘ für Maßnahmen der Qualitätsverbesserung genutzt wird, bleibt weiterhin in der konkreten Form unklar. Was die Zahlen angeht hat man in einer Antwort auf eine große Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Stellung bezogen:

„Diese so genannte demografische Rendite verbleibt entsprechend der Koalitionsvereinbarung komplett im Bildungssystem: 812 Stellen verbleiben im Schulbereich und wurden bzw. werden in den Schuljahren 2010/11 bis 2020/21 vollständig für qualitätsverbessernde Maßnahmen genutzt. Die übrigen 588 Stellen werden innerhalb des Bildungsressorts umgeschichtet. Dies bedeutet, dass der Gegenwert dieser Stellen ebenfalls im Bildungssystem verbleibt. Für welche Maßnahmen und in welchen Schulformen die 812 im Schulbereich verbleibenden Lehrer/innenstellen genutzt werden, wird von der Gesamtsituation des jeweiligen Schuljahrs abhängig sein. Eine Einzeldarstellung ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.“

Man muss also die nächsten Jahre abwarten, um ein umfassendes Urteil zu den Maßnahmen treffen zu können. Spannend bleibt weiterhin, was es bedeutet, dass die übrigen Stellen im Bildungssystem verbleiben.

Über die Inklusion an dieser Stelle zu sprechen führt zu weit und dürfte ein eigenes Heft füllen (was es auch wird) aber auch hier fehlen bisher klare Zielsetzungen von Seiten der Regierung. Nachdem man jetzt zunächst einmal den echten Starttermin für die weiterführenden Schulen nach hinten verschoben hat, bleibt weiterhin die Frage im Raum stehen, wie diese Mammutaufgabe angesichts der ohnehin schon belastenden Rahmenbedingungen bewältigt werden soll. Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen an jetzt schon betroffenen Schulen, so wird schnell klar, dass die Entlastungen bei weitem nicht ausreichen und auch eine große Ratlosigkeit herrscht angesichts der Probleme, die noch auf die Schulen zukommen. Wenn man Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift, so muss man die Rahmenbedingungen auch so gestalten, dass die betroffenen Gruppen im Vorfeld eine positive Einstellung zu den zu bewältigenden Aufgaben bekommen.

Der Unterschied zur vorherigen Regierung ist nicht leicht auszumachen, wenn man mal von den Personalien absieht, vielmehr ist das Motto ‚Mangel verwalten und Konflikte vermeiden‘. Diese werden aber früher oder später auf der Agenda auftauchen und so wünscht man sich schon jetzt an der einen oder anderen Stelle eine klare Position. Ein wenig Zeit bleibt noch, um die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. ■

Matthias Römer



Qualität statt Quantität in Kitas

Gemeinsames Positionspapier zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kitas

Die Mitarbeitervertretungen und Betriebsräte von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, die Gewerkschaften ver.di und GEW im Saarland protestieren gemeinschaftlich gegen die bestehenden Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten und haben sich mit einem gemeinsamen Schreiben an die Landesregierung gewandt. Darin heißt es: „Wir empören uns über den Umgang mit Kindern und Personal! Wir verurteilen die Vorgehensweise der Regierung, die Gesetze und Richtlinien der Betreuungs- und Arbeitsbedingungen zum Nachteil der Kinder und des Personals zu ändern! Wir vermissen die Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den Kindern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in pädagogischen Einrichtungen! Wir fordern Qualität statt Quantität in Bildungseinrichtungen! Aus diesem Grund überreichen wir Ihnen unser Positionspapier zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten.“

Positionspapier zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrags in Kindertagesstätten des Saarlandes

„Seit August 2013 haben Eltern für ihre Kinder ab 1 Jahr Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz und seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren. Um diesem Recht Folge leisten zu können, scheut sich die saarländische Landesregierung nicht, kurzerhand das Saarländische Kinderbetreuungs- und Bildungsgesetz zu ändern. Diese Änderungen bewirken eine gravierende Erhöhung der Gruppenstärke bis zu 20% bei gleichbleibender Anzahl von Fachkräften, um auf diese Weise dem bestehenden Platz- und Fachkräftemangel in Kindertagesstätten entgegen zu wirken. Diese Entscheidung basiert auf der defizitären Haushaltslage des Saarlandes (vgl. Landtag des Saarlandes Drucksache 15/651 S. 4 ff).

Hierbei wird am verkehrten Ende gespart, denn verschiedene nationale und internationale Forschungsergebnisse zeigen ausdrücklich, dass Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung einen nachhaltigen volkswirtschaftlichen Nutzen haben. Ärgerlicherweise gehen die Verantwortlichen also das Risiko ein, den Kindern eine gesunde Entwicklungsgrundlage vorzuenthalten. Dabei ist gerade diese von entscheidender Wichtigkeit, denn frühe institutionelle Bildung wirkt sich

nachhaltig auf den weiteren Bildungs- und Lernweg des Kindes aus. Dieser positive Nutzen entsteht allerdings nur bei hoher Qualität des pädagogischen Angebots.

Diese gesetzliche Unterwanderung zur Problemlösung von Platz- und Fachkräftemangel bewirkt zum einen den Rückgang der nötigen Qualität und zum anderen wird die Umsetzung des Saarländischen Bildungsprogramms und der damit verbundene Erziehungsauftrag der Fachkräfte nahezu impraktikabel.

Die Zustände in den Krippen und Kindertagesstätten sind schon jetzt äußerst Besorgnis erregend. Überfüllte Gruppen mit zu wenig Personal sind an der Tagesordnung. Alarmierende Zahlen bei Krankmeldungen des Personals und des erhöhten Auftretens von psychischen Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern bis sechs Jahren zeigen die fatalen Folgen einer solchen Bildungspolitik.

Eltern leisten hohe monatliche Beiträge, damit die Lernentwicklung ihrer Kinder gesichert wird. Wir fordern deshalb, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um eine gute Bildungsqualität in Kindertagesstätten zu erreichen. Dazu sind zwingend

Investitionen notwendig ...

Die Frage von Bildungsqualität ist im Wesentlichen abhängig von den Rahmenbedingungen, die in den Einrichtungen vorzufinden sind. Das im Kinder- und Jugendhilfegesetz formulierte Recht auf Bildung sowie der im Kindertagesstättengesetz verankerte Anspruch auf Erziehung, Betreuung und Bildung können nur verwirklicht werden, wenn die Rahmenbedingungen an die gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Unumstritten ist die Tatsache, dass für die Entwicklung der Kinder die körperliche Nähe und gefühlvolle Zuwendung konstanter Bezugspersonen unerlässlich sind (vgl. Largo,





2011). Diesbezüglich ist der Betreuungsaufwand sehr hoch und hat sich durch den Ganztagsbetrieb enorm gesteigert. Die Aufenthaltszeit der Kinder in Kindertagesstätten beträgt mittlerweile bis zu zehn Stunden.

Die Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren sind in keiner Weise befriedigend. Die Sicherung der Grundbedürfnisse ist nicht gegeben! Zeitaufwendige Pflege (Essen, Wickeln, Schlafen, Sauberkeitsbegleitung) gehören zum pädagogischen Auftrag und brauchen vertrauensvolle Beziehungen. Bildungs- und Erziehungsempfehlungen, z.B. das „Bildungsprogramm für saarländische Kindergärten“, bieten eine gute Grundlage für eine pädagogisch sinnvolle Arbeit in den Kindertagesstätten, aber mit den bestehenden Rahmenbedingungen können sie nicht adäquat umgesetzt werden.

Gefordert wird die Sicherung der Grundbedürfnisse für die Kinder und eine ausreichende Fachkraft-Kind-Relation, um emotionale Zuwendung, Sicherheit, Stressreduktion, Explorationsunterstützung und Assistenz gewährleisten zu können. Gefordert wird die Bereitstellung angemessener Arbeitsbedingung und Gesundheitsprävention in den Kindertagesstätten, um die negativen Folgen der physischen und psychischen Belastungen zu minimieren.

Auch wenn die verantwortlichen PolitikerInnen hierbei vor einer enormen Herausforderung stehen, so sollte es Alternativen geben, die Rahmenbedingungen so zu modifizieren, dass sie nicht auf den Rücken derer

ausgetragen werden, die sich am wenigsten wehren können, nämlich unserer schutzbedürftigen Kinder.

Was sind unsere Kinder wert? - Forderungen

Zwei Altersgruppen werden im Kita-Bereich unterschieden:

- Krippenalter 1 bis 3 Jahre
- Kindergartenalter ab 3 Jahren bis Schuleintritt

Krippengruppe

Aktuell: 11 Kinder → 2,0 Fachkräfte → bei 6 Std.

Forderung: bis 8 Kinder im Krippenalter 2,5 Fachkräfte, bis 10 Kinder im Krippenalter: 3,0 Fachkräfte

Erweiterte altersgemischte Gruppe 0-6 Jahren

■ Aktuell: 15 Kinder → 2,0 Fachkräfte → bei 6 Std.
Forderung a.)
1 Kind unter einem Jahr, 5 Kinder im Krippenalter, 9 Kinder Kindergartenalter: 15 Kinder bei 3,0 Fachkräfte

■ Aktuell: 18 Kinder → 2,0 Fachkräfte → bei 6 Std.

Forderung: b.) 6 Kinder im Krippenalter, 12 Kinder Kindergartenalter: 18 Kinder bei 3,0 Fachkräfte

Ganztagsgruppe

Aktuell: → 25 Kinder → 1,5 Fachkräfte → bei 6 Std.

Forderung: 25 Kinder im Kindergartenalter → 3,0 Fachkräfte

Regelkindergarten (8-12 und 14-16 Uhr)

Aktuell: → 25 Kinder → 1,5 Fachkräfte → bei 6 Std.
Forderung: 25 Kinder im Kindergartenalter → 2,5 Fachkräfte

Hort (Grundschul Kinder)

Aktuell: → 16 Kinder → 1 Fachkraft
Forderung: bis 12 Kindern → 1,5 Fachkräfte bis 20 Kindern → 2,0 Fachkräfte

Außerdem fordern wir:

■ Fachpersonalberechnung unter Berücksichtigung einer gesicherten Arbeitszeitaufteilung der Fachkräfte: 70 % am Kind, 30 % Kinder freie Arbeitszeit - für Dokumentation, Elterngespräche, Vor- und Nachbereitungszeit

■ Mindestbesetzung von 2 Fachkräften je Gruppe, bzw. 3,0 in Krippen zu gewährleisten

■ Berufspraktikanten und Haushaltskräfte aus der Berechnung der pädagogischen Fachkräfte herauszunehmen

■ gesundheitspräventive Maßnahmen, um die psychischen und physischen Belastungen auszugleichen

■ längerfristige Personalausfälle (ab dem ersten Arbeitstag) durch Ersatzkräfte auszugleichen

■ Freistellung der Leitung bei ein- bis zweigruppigen Einrichtungen 0,75 Stelle, ab drei Gruppen 1,0 Stelle

■ Verbesserung der vorgeschriebenen Richtlinien von 08/2001 des Landesjugendamtes, insbesondere bezogen auf Raumgröße und Anzahl der Kinder pro Gruppe

■ „Ausnahmegenehmigungen“ des Jugendamtes unbedingt durch Mehrstunden des Personals zu bewerten

■ nur (heil)pädagogisch oder therapeutisch ausgebildete Fachkräfte zum Einsatz zu bringen

■ Personalaufstockung bei Integration, die den Tagesbedarf des Kindes abdeckt.“

Unterzeichnet von:

Gesamtausschuss der Mitarbeitervertretungen der Evangelischen Kirche der Pfalz, DiAG-MAVEN Bistum Speyer, AWO, ver.di Bezirk Region Saar Trier, GEW Saarland. ■

Peter Balnis

Wie wollen wir zusammenleben?

Bundesfachtagung 2014 vom 25. bis 27. Juni 2014 in Berlin
Das Courage-Netzwerk | Herausforderungen, Handlungsfelder, Methoden



v.l.n.r.: Thomas Krüger, Eberhard Seidel, Marlis Tepe, Sanem Kleff | Foto: Aris Papadopoulos/bpb

Auf der Bundesfachtagung in Berlin trafen sich über 200 LehrerInnen, MitarbeiterInnen der außerschulischen Kooperationspartner und der Koordinierungsstellen um sich mit der Bundeskoordination von „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ und MultiplikatorInnen des Courage-Netzwerkes über neue inhaltliche, organisatorische und methodische Herausforderungen auszutauschen.

Einstieg in die Tagung

In ihrer warmherzigen und verbindenden Art begrüßten Sanem Kleff, Leiterin der Bundesorganisation SOR-SMC, und Eberhard Seidel, Geschäftsführer Bundesorganisation SOR-SMC die TeilnehmerInnen und gaben einen groben Überblick über die inhaltlichen Aspekte der Tagung, den Aufbau und die damit verbundene Struktur.

Programmablauf

Jeder der drei Tage begann mit einem kurzen Statement (so forderte beispielsweise die GEW Bundesvorsitzende, Marlis Tepe, am Donnerstag in ihrem Statement: „Menschenrechtserziehung - was kann Schule leisten?“ dass Schule, die immer noch exklusiv sei, die auf dem Papier stehenden Menschenrechte als Ziele der Bildung endlich umsetzen müsse. Dafür müsse das selektive Schulsystem, das im übrigen gegen das Menschenrecht auf gemeinsame Bildung verstoße, auf den Prüfstand (einem sich daran anschließenden Vortrag). So hob Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, in seinem Vortrag: „Ideologien der Ungleichwertigkeit und politische Bildung“ hervor, dass

eine Demokratie gerade von der Vorstellung der Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen geprägt werde und es dennoch in unserer Gesellschaft zunehmend und nicht nur im Rechtsextremismus oder Dschihadismus das Denken der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit gebe, sogar im sogenannten Bildungsbürgertum und einer sich daraus ergebenden Diskussionsrunde, in die das Plenum sich mit Fragen einbringen konnte.

Zwei Workshop-Phasen am Vor- und Nachmittag boten vielfältige Möglichkeiten, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, mit KollegInnen aus den anderen Bundesländern Kontakt aufzunehmen und sich über die Arbeit vor Ort auszutauschen.

Das wurde u.a. angeboten:

- Rechtspopulisten und Rechtsextreme - eine Herausforderung für Europa?!

- Muslimfeindlichkeit - wenn Religionskritik zu Rassismus wird
- Flucht & Asyl - ein Thema im Klassenzimmer
- Dialog statt Sanktion - Umgang mit Islamismus an der Schule
- Öffnung von Schule in die Kommune
- Diversity und Bildung

Im Rahmen der Fachtagung wurde über folgende Fragen diskutiert:

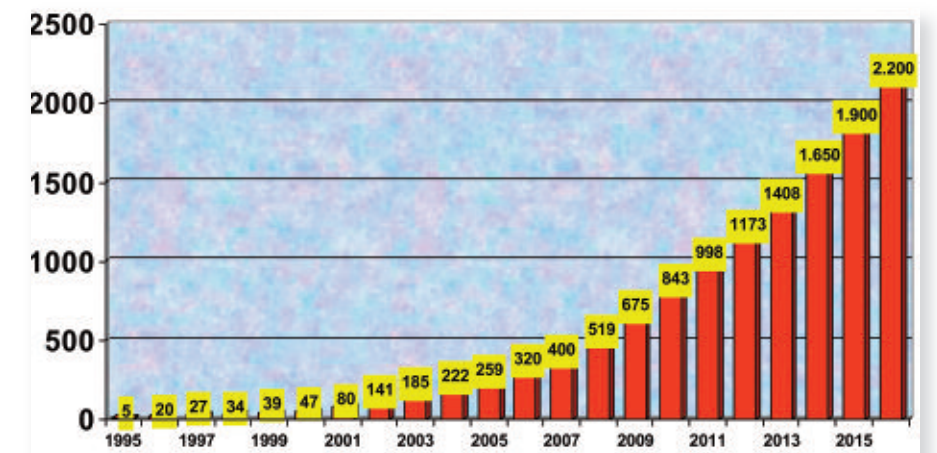
■ Was sind die gesellschaftlichen Herausforderungen und Realitäten, denen sich die Aktiven des Courage-Netzwerkes bei ihrem Engagement gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit 2014 stellen müssen?

■ Welche Handlungsfelder ergeben sich daraus für die Arbeit an den Schulen? Mit welchen Methoden können diese an den Schulen thematisiert und bearbeitet werden?

■ Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Landes- und Regionalkoordinatoren und der Bundeskoordination sinnvoll weiterentwickelt werden?

Welchen Stellenwert die Arbeit des Courage-Netzwerkes hat, lässt sich zum einen aus dem Organigramm ablesen und zum anderen aus der steigenden Anzahl der „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“ in Deutschland. ■

Anna Haßdenteufel



Anzahl der "Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage" in Deutschland | Prognosen ab 2014



20 Jahre Salamanca Erklärung der UNESCO -

aber die Umsetzung in Deutschland lässt auf sich warten

Vor zwanzig Jahren haben Vertreter von 92 Regierungen und 25 internationalen Organisationen auf der Weltkonferenz der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vom 7. - 10. Juni in Salamanca (Spanien) die gleichnamige Erklärung zusammen mit dem „Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse“ verabschiedet. Auch wenn es sich dabei nur um eine menschenrechtliche Empfehlung an die internationale Staatengemeinschaft ohne Rechtsverbindlichkeit handelt, so bezeichnet die Deutsche UNESCO-Kommission die Erklärung doch völlig zu Recht „als Meilenstein auf dem Weg zur Verankerung inklusiver Bildung“. Angesichts der herausragenden und wegweisenden Bedeutung dieses internationalen Dokuments, das auch von Deutschland mitgetragen wurde, drängt sich die Frage auf, was die Bildungspolitik und die Deutsche UNESCO-Kommission bis heute getan haben, um das Konzept der inklusiven Bildung in Deutschland gesellschaftlich zu verbreiten, zu verankern und umzusetzen.

Eine Schule für alle - auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen

Die Salamanca Erklärung der UNESCO bekräftigt das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schon 1948 verankerte Recht eines jeden Menschen auf hochwertige Bildung. Um dieses Recht für alle unabhängig von individuellen Unterschieden zu sichern, empfiehlt die UNESCO in ihrer Erklärung das Konzept für inklusive Bildung und erläutert es eingehend in dem Aktionsrahmen. Alle Regierungen werden eindringlich aufgefordert, ihren Schulsystemen eine inklusive Orientierung zu geben und ihre Schulen bei der Entwicklung einer kindgerechten Pädagogik zu unterstützen.

Dass alle Kinder miteinander lernen, „unabhängig von ihren physischen, intellektuellen, emotionalen, sprachlichen oder anderen Fähigkeiten“, wird zum Leitprinzip der inklusiven Pädagogik erhoben. Als dringlich und notwendig wird anerkannt, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen unabhängig von ihren individuellen Lernschwierigkeiten, Beeinträchtigungen und Behinderungen innerhalb des Regelschulwesens unterrichtet werden. Das Konzept basiert auf der menschenrechtlichen Überzeugung, dass „menschliche



Unterschiede normal sind, dass das Lernen daher an das Kind angepasst werden muss und sich nicht umgekehrt das Kind nach vorbestimmten Annahmen über das Tempo und die Art des Lernprozesses richten soll. Eine kindzentrierte Pädagogik ist für alle Kinder und in der Folge für die gesamte Gesellschaft von Nutzen“, denn sie ist das beste Mittel, „um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen... und um eine inklusive Gesellschaft aufzubauen“.

Die Deutsche UNESCO-Kommission - eine halberzogene Vertretung der UNESCO

Nur wer ideologische Scheuklappen hat, kann Schulstrukturen, die ein Sortieren und Ausordnen von Kindern und Jugendlichen zum Leitprinzip erheben, mit inklusiver Bildung vereinbar finden. Insofern waren die deutsche Bildungspolitik und die Deutsche UNESCO-Kommission mit der Salamanca Resolution besonders herausgefordert, über die gesellschaftliche Bedeutung der Resolution breit aufzuklären und für einen Paradigmenwechsel von der Selektion zur Inklusion zu werben bzw. diesen rechtlich, strukturell und pädagogisch einzuleiten.

Im Ergebnis ist jedoch festzuhalten, dass das menschenrechtsbasierte Konzept einer inklusiven Bildung mit der Zielperspektive einer Schule für alle weder von der Deutschen UNESCO-Kommission noch von der Bildungspolitik gesellschaftlich kommuniziert, geschweige denn umgesetzt wurde. Während andere europäische Länder in Orientierung an der Salamanca Erklärung damit begannen, ihre eingliedrigen Gesamtschulsysteme für Kinder mit Behinderungen zu öffnen, wurden

Schulstrukturereformen in Deutschland mit einem politischen Denkverbot belegt.

Spätestens mit der seit 2009 für Deutschland rechtsverbindlich geltenden UN-Behindertenrechtskonvention, die sich mit der Forderung nach inklusiver Bildung inhaltlich rückbezieht auf die Empfehlung der Salamanca Erklärung, ist bildungspolitisch mit Nachdruck einzufordern, dass das mehrgliedrige, selektive Schulsystem in ein eingliedriges, inklusives System transformiert wird. Nur so kann die Paradoxie von Inklusion und Selektion in unserem Schulsystem aufgehoben werden. Leider hat die Deutsche UNESCO-Kommission auf ihrem „Inklusionsgipfel“ am 19./20. März 2014 in Bonn dazu nicht den Mut gehabt. Sie vermied es bewusst, die schulstrukturell verankerte Selektion als Barriere für Inklusion zu benennen und sich für eine umfassende Schulstrukturreform auszusprechen.

Politischer Druck von „außen“

Während zwanzig Jahre nach Salamanca die Deutsche UNESCO-Kommission es ablehnt, die „Bonner Erklärung zur Inklusiven Bildung in Deutschland“ mit der Kritik am gegliederten selektiven Schulsystem zu „befrachten“, sind wir auf politischen Druck und Aufklärung von „außen“ angewiesen. Wie beschämend!

In seiner 65. Sitzung am 31. Januar 2014 hat der UN-Fachausschuss für die Rechte des Kindes in Genf „Abschließende Bemerkungen“ zu dem 3. und 4. Staatenbericht Deutschlands formuliert (http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CRC/Shared%20Documents/DEU/CRC_C_DEU_CO_3-4_16304_E.pdf)

und damit die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland einer umfassenden und detaillierten Bewertung unterzogen. Dabei ist auch die Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle Kinder in Deutschland durch das international besetzte, unabhängige Expertengremium kritisch beleuchtet worden.

Der Ausschuss kritisiert den nicht-inklusive Charakter des deutschen Schulsystems. Er bemängelt die hohe Anzahl der Kinder in Sonderschulen, insbesondere im Sekundarbereich, sowie die unzureichenden individuellen Unterstützungsleistungen und die immer noch in einigen Bundesländern geltende Praxis, Kinder mit Behinderungen gegen den Willen ihrer Eltern zu Sonderschulen zu überweisen. Er kritisiert die segregierende Wirkung der hierarchisch gegliederten Schulformen mit der äußerst frühen Aufteilung der Kinder auf unterschiedlich anspruchsvolle Schultypen, der kaum korrigierbaren Festle-

gung auf eine bestimmte Schullaufbahn und der strukturellen Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Unter ausdrücklichem Verweis auf den 2007 abgegebenen Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, über das deutsche Schulsystem spricht der UN-Fachausschuss die Empfehlung aus, die verschiedenen Schulsysteme in den Bundesländern anzugleichen, das gegenwärtige gegliederte Schulsystem einer Revision zu unterziehen und es inklusiv zu gestalten.

Wer hat das Sagen?

Laut Satzung ist es die Aufgabe der Deutschen UNESCO-Kommission, „die Bundesregierung, den Bundestag und die übrigen zuständigen Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNESCO ergeben.“ Sie

soll Ziele und Projekte der UNESCO in der deutschen Politik, der Fachwelt und der Öffentlichkeit vermitteln und so „zu einer weltoffenen Wissensgesellschaft in Deutschland“ beitragen. Ein Blick auf die personelle Besetzung der Organe und Gremien der Deutschen UNESCO-Kommission genügt um zu wissen, warum die bildungspolitischen Ziele der UNESCO unzureichend kommuniziert werden. Diejenigen, die beraten werden sollen, sind u.a. in der Kommission selbst vertreten als Mitglieder des Bundestages, der Bundesregierung und der Kultus- und Wissenschaftsministerien der Länder. Damit sind die Parteien entsprechend ihrem politischen Kräfteverhältnis dort abgebildet. Kein Wunder, dass bei dieser parteipolitischen Verflechtung nur der kleinste gemeinsame Nenner in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung vorgegeben ist. ■

Dr. Brigitte Schumann

ifenici@aol.com



Die Suche nach dem Menschen

Über eine bildungs- und inklusionspolitische Notwendigkeit | Zum Artikel „Gemeinsam lernen hilft allen“, Saarbrücker Zeitung vom 26.06.2014

„Was Inklusion so wertvoll macht, ist die Tatsache, dass die Schüler die Chance haben, ein hohes Maß an gegenseitiger Wertschätzung zu erfahren“, erklärt Redakteur Dietmar Klostermann. Doch wie dies gelingen soll, ist zu fragen, wenn sich im zitierten Pressebericht allzu bedenkliche Formulierungen häufen: da ist von „behinderten Kindern“, „behinderten Schülern“, „behinderten Menschen“, gar von „Behinderten“ die Rede.

Das Adjektiv „behindert“ (...) hieß über Jahrzehnte für die gemeinten Personen Missachtung, Ausgrenzung und den Entzug persönlicher Rechte. Die langsamen Wandlungen im Verständnis von Behinderung und die damit einhergehend veränderten Umgangsweisen spiegeln sozialhistorische Prozesse wieder. Aus den entmündigten Krüppeln oder den zu versorgenden Anstaltsinsassen wurden tendenziell Personen mit einer eigenen

Lebensgeschichte. Eine zeitgemäße Definition von Behinderung kommt ohne die Berücksichtigung von Faktoren wie Umwelt und Kulturgeschichte nicht mehr aus“ (Mürner/Sierck 2012, S.10).

Dies muss auch Klostermann beachten, berichtet er doch über den durchaus beachtlichen Erfolg des saarländischen Bildungsministers Ulrich Commerçon, Inklusion in allen Schulformen gesetzlich zu verankern und, beginnend an Grundschulen, stufenweise einzuführen. In diesem Zusammenhang spricht Commerçon auch von der Notwendigkeit eines Bewusstseins- und Mentalitätswandels, der Inklusion zur Regel werden lässt. Nelson Mandela stellt dazu bereits vor über zehn Jahren fest:

„Unsere Unterschiede sind unsere Stärken als Menschen“. An solchen Aussagen muss

sich die Darstellung Klostermanns orientieren, wenn Inklusion als sozial- und bildungspolitische Aufgabe ernst genommen wird. Dennoch bleibt zu fragen, ob der vom Gesetzgeber vorgegebene und von Commerçon geforderte Bewusstseinswandel möglich ist. Ja, ein Umdenken muss möglich sein, auch wenn dies Dietmar Klostermann angesichts der Verwendung einer ausschließlich an Defiziten orientierten Terminologie (das Adjektiv „behindert“ wird geradezu inflationär genutzt) überaus schwer fällt. ■

Frederik Schmitt

Literatur: Mürner, C., Sierck, U. (2012): Behinderung. Chronik eines Jahrhunderts, Beltz Juventa, Weinheim und Basel.

Gebundener Ganzttag: 25 % mehr Lernziel - 25 % mehr Ressourcen!

Der HPR Gemeinschaftsschulen unterstützt die Arbeitsgemeinschaft Gebundene Ganzttagsschule

In einem Brief an Minister Commerçon hat sich die AG Gebundener Ganzttag, bestehend aus den SchulleiterInnen der 7 gebundenen Ganzttagsschulen im Sekundarbereich (Neunkirchen, SB-BelleVue, Dillingen, St. Wendel, Merchweiler, SB-Ludwigspark), gewendet, um einerseits ihre Unterstützung für den Ausbau des gebundenen Ganztags zu versichern, andererseits aber auch auf die besonderen Probleme, die der gebundene Ganzttag mit sich bringt, hinzuweisen. Der Ganzttag braucht mehr Ressourcen, um den organisatorischen, pädagogischen und zeitlichen Mehraufwand zu schultern und den gebundenen Ganzttag auch wirklich zu einer Erfolgsgeschichte auszubauen.

Der Hauptpersonalrat Gemeinschaftsschulen unterstützt dieses Anliegen in einer Anfrage an Ulrich Commerçon. Hier die Anfrage im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Minister Commerçon, in einem gemeinsamen Brief vom haben sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der ersten sieben gebundenen Ganzttagsschulen

im Sekundarbereich an Sie gewandt, um ihre Unterstützung beim Ausbau der Ganzttagsschulen im Saarland zu versichern.

In dem genannten Schreiben gehen die Betroffenen auf die ganzttagsschulspezifischen Besonderheiten und die damit verbundenen Schwierigkeiten vor Ort ein und leiten daraus Vorschläge ab, um diesen Schwierigkeiten erfolgreich zu begegnen. Der Hauptpersonalrat Gemeinschaftsschulen unterstützt ausdrücklich die Anliegen der Arbeitsgemeinschaft Gebundene Ganzttagsschule und empfiehlt folgende Schritte:

- Die Stabsstelle Ganzttagsschule wird an der Personalisierung beteiligt.

- Ganzttagsschulen erhalten eine zusätzliche Koordinatorenstelle in der Schulleitung (Ganztagskoordinator_in).

- 25% mehr Unterrichtszeit benötigen 25% mehr Schulleitungs- und Schuldeputate. Daher bedarf es in den Berechnungsgrundlagen zu §4, 5 und 6 der PflichtstundenVO einer Veränderung mit dem Ziel die Schulleitungs- und die Schuldeputate um 25% zu erhöhen.

- Stellenausschreibungen bei Neueinstellungen erfolgen grundsätzlich schulscharf, um die Eignung der Bewerber_innen sicher zu stellen.

- Die verlässliche Klassengröße von 25 muss eingehalten werden.

- Die mobile Lehrerreserve an gebundenen Ganzttagsschulen wird um 25% erhöht.

In ihrem Brief haben die Vertreter_innen der AG Gebundene Ganzttagsschule um einen Gesprächstermin mit Ihnen gebeten. Gerne möchten wir mit zwei Vertretern an diesem Gespräch teilnehmen und freuen uns auf eine Einladung.“ ■



Thomas Bock
stellv. Vorsitzender
HPR GemSch

ANZEIGE

Jahrzehntelang dabei

Mitgliederehrung des Kreisverbandes Saarbrücken/Völklingen

Am Freitag, den 07. Juli, fand im Restaurant Tabakmühle die Ehrung derjenigen Mitglieder des Kreisverbandes Saarbrücken/Völklingen statt, die unserer Gewerkschaft schon seit Jahrzehnten (25 Jahre oder länger) die Treue halten und in der Vergangenheit die verschiedenen Gliederungen mit ihrer Tatkraft unterstützt und gestaltet haben.

„Seit 57 Jahren“, so der kurze und kräftige Zwischenruf der Dame zu meiner Linken. Mein Kopf begann angesichts dieser gewaltigen Zahl sofort zu rechnen. Eines der Ergebnisse: Meine Mutter (Jahrgang 1948) hätte Margret - so ihr Name - theoretisch schon als Lehrerin erlebt haben können. Margret und ich kamen dann noch ins Gespräch und sie erzählte mir, dass sie 1933 geboren worden sei und dass sie regelmäßig Schulklassen besuche, um ihre Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus als Zeitzeugin darzustellen und mit Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen - vor allem um diese Erlebnisse angesichts eines europaweit erstarkenden Einflusses rechtsextremer Parteien in Bezug zur Gegenwart zu setzen. Des Weiteren, so erfuhr ich, engagiert sich Margret ehrenamtlich für den Weltladen.

Sicherlich steht Margrets Engagement stellvertretend für viele der an diesem Abend versammelten etwa 40 GewerkschafterInnen, die von den beiden KV-Vorstandsmitgliedern Margit Knaack und Bernhard Fox in der Tabakmühle geehrt wurden. Kulturell umrahmte den Abend ein witziger, teilweise sehr schwarzhumoriger Gedichtvortrag des im



Foto: Georges Hallermayer

Saarland ansässigen Künstlers und Berufsschullehrers Gregor Köhne alias Ody.

Von einem reichhaltigen 3-Gang-Büffet begleitet wurde angeregt geklönt und diskutiert. Zu vorgerückter Stunde kamen noch Desserts der besonderen Art „auf den Tisch“: ein spontaner Vortrag durch eine der anwesenden Kolleginnen - Eva Kuntz trug einen Text von Teresa von Avila (spanische Mystikerin des 16. Jhd.'s) vor - und Peter Balnis gab zusammen mit Gudrun Melchior eine Konzerteinlage zum Mitsingen. Großen Anklang fand das von Gudrun Melchior und Peter Balnis vorgetragene Regenbogenlied. Es handelt sich um die Nachdichtung eines norwegi-

schen Kinderliedes, das wiederum auf einem Pete-Seeger-Song basiert. Der norwegische Faschist Anders Breivig hatte vor Gericht das Regenbogenlied vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kinder als Beleg für eine „Verunreinigung der nordischen Rasse“ und Rechtfertigung seines Mordes an 80 Jugendlichen genannt. Spontan sangen an jenem Tag 40 000 Menschen in Oslo bei strömendem Regen dieses Lied.

Zudem wurde das arme Dorfschulleisterlein besungen, angesichts dessen Text klar wurde: Gewerkschaft wirkt! ■

Thomas Bock

Bildung macht stark – Helfen Sie mit!

Spenden Sie Schule.
Spendenkonto
300 000
BLZ 370 205 00
schulenfuerafrika.de

100 Jahre 1. Weltkrieg | 1914 - 2014

Fahrt zu den Schlachtfeldern von Verdun am 13.09.2014

<p>8:00 Uhr Abfahrt Saarbrücken Messegelände Dokumentarfilm zur Vorgeschichte</p> <p>10:30 Uhr Ankunft und Auswahl der Besichtigungsschwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Memorial ■ Fort Douaumont ■ Beinhaus ■ Fort Vaux ■ Dorf Fleury 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Thiaumont ■ Stadt Verdun ■ Bajonettgraben ■ Deutscher Friedhof Consenvoye <p>Besuch von Ziel 1 bis max. 3</p> <p>13:00 Uhr Mittagspause mit Rucksackverpflegung</p> <p>14:00 Uhr Besuch von Ziel 3/4 - 5</p>	<p>16:00 Uhr Indiv. Stadtrundgang durch Verdun</p> <p>17:00 Uhr Rückfahrt</p> <p>19:30 Uhr Ankunft Saarbrücken-Messegelände</p> <p>Kostenbeitrag max. 25,- € Anmeldung per E-Mail beim KV SB/VK: Berndfox@aol.com</p>
---	---	---



Arbeitskammer-Filmtage 2014

Vom 6. bis 10. Oktober 2014 heißt es wieder „Film ab!“. Die Arbeitskammer lädt insbesondere Schulklassen und Jugendgruppen bereits zum 7. Mal zu den Arbeitskammer-Filmtagen, die am 6. Oktober im Kino „acht-einhalb“, Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken, starten.

dass Einzelne zum Opfer falsch verstandener Freiheit werden? Um diese Fragen kreisen in diesem Jahr die Themen der fünf Filme bei den AK-Filmtagen. Gezeigt werden Werke, die eng mit der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen verknüpft sind.

geht, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges große Probleme mit ihrem Nazi-Weltbild hat. Der Streifen „Homevideo“ am 9. Oktober dreht sich um Internetmobbing. „Das Mädchen Wadja“ schließlich beleuchtet am 10. Oktober die Rolle von Mädchen und



Szenefoto aus „Und morgen Mittag bin ich tot“

Als Eröffnungsfilm wird in diesem Jahr „Und morgen Mittag bin ich tot“ gezeigt, bei dem ein an Mukoviszidose erkranktes Mädchen ihrem Leben in einem Sterbehospiz in der Schweiz ein Ende setzen will. Für ihre Darstellung erhielt Liv Lisa Fries in diesem Jahr den Preis als beste NachwuchsschauspielerIn beim Max-Ophüls-Festival.

Am 7. Oktober wird „Komasaufen“ gezeigt, am 8. Oktober steht der Film „Lore“ auf dem Programm, bei dem es um eine Jugendliche



Szenefoto aus „Komasaufen“

Wer prägt das Weltbild junger Menschen und wie entwickeln sich ihre Wertvorstellungen? Wie muss eine Gesellschaft beschaffen sein, damit sich ihre Mitglieder frei entfalten können? Und wie kann verhindert werden,



Szenefoto aus „Das Mädchen Wadja“

Frauen in einer restriktiven Gesellschaft in Saudi-Arabien.

Alle Filme laufen jeweils um 8.30, 11 und 16.30 Uhr. Zur inhaltlichen Vorbereitung bietet die Arbeitskammer unter www.arbeitskammer.de/filmtage2014 Informations- und Hintergrundmaterial zu den einzelnen Filmen an. Nach der Filmvorführung gibt es mit den jungen Zuschauern eine kurze Diskussion, moderiert von Referenten des AK-Filmtage-Team. ■

Gabi Hartmann

Anmeldungen sind ab sofort möglich unter filmtage@arbeitskammer.de oder per Telefon unter (0681) 4005-212.

ANZEIGE

WENN NIEMAND MEHR ÜBER DEN KRIEG IN SYRIEN BERICHTET, IST DANN AUTOMATISCH FRIEDEN?



REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE - SPENDENKONTO IBAN: DE25 1009 0000 5667 7770 00 - BIC: BEVO3333

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT
[20 JAHRE]



„HAUPTSTADT ZWISCHEN KULTUR UND MODERNE“
BILDUNGSREISE FÜR LEHRER UND ERZIEHER IN DAS „REICH DER MITTE“

Erleben Sie unsere Fachstudienreise nach

PEKING

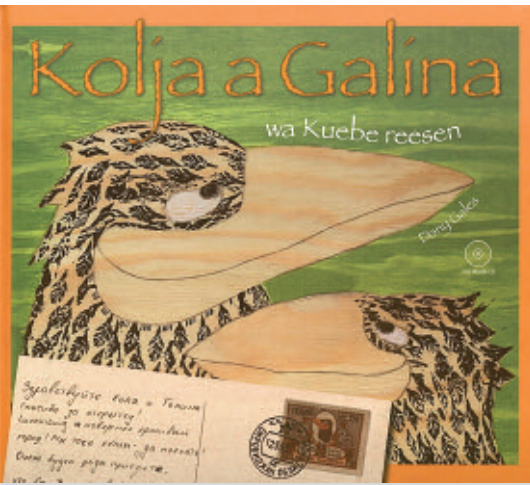
vom 30.03.-06.04.2015
(Osterferien)
Exklusiv für Mitglieder und Freunde!

Die Ausschreibung sowie das Anmeldeformular erhalten Sie nach den Sommerferien als Mitgliederrundschreiben oder vorab in der GEW Geschäftsstelle!



Kolja a Galina. Wa Kuebe reesen.

[Mat Musek-CD]



Die beiden Raben Kolja und Galina leben in Russland. Als der russische Winter naht, beginnen sie zu frieren und suchen jemanden, der ihnen Tipps gibt gegen die Kälte. Viele Tiere wollen helfen.

Der Hund z.B. lädt die beiden in seine Hütte ein, die ihm sein Herrchen erbaut hat. Die Raben aber entgegenn, dass sie kein Herrchen haben, das ihnen so eine Hütte baut. Das Schaf will seine Wolle hergeben, damit sich die Raben Mütze und Schal stricken, aber sie haben dazu keine Zeit mehr. Die Schildkröte rät ihnen, sich nicht so schnell zu bewegen, um Energie zu sparen, aber die Raben wollen sich bewegen und fliegen. Der Maulwurf rät ihnen, sich tief in die Erde zu graben, aber die Raben haben Flügel, mit denen sie nicht graben können. Am Schluss sollen sich die Raben den Schwalben anschließen und nach Afrika ziehen. Aber das Training ist so ermüdend, dass sie den Abflug der Schwalben verschlafen. So bleibt der Traum von der Wärme in Afrika und all den wilden unbekannt Tieren. Aber kleine glitzernde Schneeflocken zeigen den Raben, wie schön der Schnee ist. Letztendlich verbringen Kolja und Galina den Winter in Luxemburg und freuen sich auf den Frühling in ihrer Heimat.



Das großformatige Bilderbuch lädt zu Vorlesen und Bilderbetrachten ein. Die Bilder sind sehr anschaulich gestaltet. und regen zum Nachmalen der Tierfiguren an.

Ergänzt wird das Buch durch eine passende CD, auf der die Autorin die Geschichte in luxemburger Sprache vorliest. In deutsch und französisch ist der Text von Germain Wagner und Serge Wolf erzählt. Das Besondere sind aber 18 Lieder zu den einzelnen Tieren, die zum Mitsingen animieren. Alle Lieder sind sehr schön intoniert mit schlichten nicht überladenen Percussioninstrumenten, Cello und Kontrabass aus bekannten vorwiegend französischen Volksliedern und von der Autorin selbst mit Kindern vorgetragen. ■

Gudrun Melchior

Kolja a Galina. Wa Kuebe reesen.
[Mat Musek-CD], Dany Gales
Luxemburg, 2010
Sprachen: Luxemburgisch
ISBN: 978-2-87992-700-8

Said und der Hengst aus der Wüste



Der Beduine Said verliert im Alter von vier Jahren bei einem Überfall seine Eltern. Er findet bei Hassan, einem Wüstenreiter, eine neue Heimat. Der Witwer ist der beste Pferdezüchter der Oase. Er schenkt Said nicht nur seine ganze Liebe, sondern vertraut ihm die dreijährige Stute Sahba an. Der alte Hassad überträgt noch vor seinem Tod Said die Verantwortung für Sahba's Fohlen, das

während eines schrecklichen Sandsturmes das Licht der Welt erblickt. Während Said zu einem mutigen jungen Mann heranwächst, wird aus dem Fohlen Samrum ein edles Pferd. Gemeinsam bestehen sie gefährliche Abenteuer. In einem packenden Zweikampf gewinnt Said seinen Hengst und seine Freiheit vom spanischen Ritter Miguel de Tores zurück. Sein neuer Beschützer macht Said zu seinem Schildknappen und steht der Liebe zwischen seiner Tochter Consuelo und Said nicht im Wege.

Als Consuelo und Miguel de Tores in die Gefangenschaft des Inquisitors Thomas de Torquemada geraten, gelingt Said mit Hilfe des unglaublichen Samrum die Befreiung seiner Geliebten und ihres Vater in letzter Minute vor deren Hinrichtung. Consuelo auf ihrem prächtigen Pflerd Ramona, Said mit dem schnellsten und klügsten Hengst Samrum und Miguel de Tores trotzen auf ihrer Flucht aus Spanien allen Gefahren und Widrigkeiten. Sie erreichen erschöpft in Frankreich ein kleines Gut, das Erbe Consuelos verstorbener Mutter. Nun können sie auf eine Zukunft in Frieden hoffen und das Fundament für eine erfolgreiche Pferdezucht legen.

Said und der Hengst aus der Wüste ist ein spannender Roman, der von Freundschaft, Hilfsbereitschaft und Vertrauen erzählt. Es

sind die „Gerechten“ im Leben des heranwachsenden Said, die aus ihm einen mutigen und hilfsbereiten Menschen machen. Weder der Tierquälerei Schirkan noch der Fanatiker Torquemada können Said von seinem Pfad des Respektes und der Achtung vor Menschen und Tieren abbringen.

Manfred Böckl bietet in unaufdringlicher Weise Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Vertrauen als Lösung für ein friedliches Zusammenleben an. Er teilt die Menschen in seinem Roman nicht in Beduinen, Spanier, Franzosen, Christen, Moslems, Könige, Bauern oder Ritter ein. Böckl lässt seinen Helden mutig durchs Leben ziehen, verleiht ihm die Kraft für die Gerechtigkeit erfolgreiche Kämpfe zu bestehen, um am Ende Liebe und Freundschaft siegen zu lassen. ■

Birgit Tobae

Said und der Hengst aus der Wüste
Ein Kinderbuch von Manfred Böckl
Taschenbuch: 144 Seiten
Verlag: KKV Edition Hamouda; Auflage: 1 (1. März 2010)
ISBN-10: 3940075426
ISBN-13: 978-3940075420
Vom Hersteller empfohlenes Alter: 10 - 12 Jahre

Wissen 2.0 für die Bildung

Die digitalen Medien - insbesondere das „Lernen 2.0“ - spalten die Gemüter in unserer Gesellschaft in mindestens zwei Lager: Während die einen den Untergang des Abendlandes und den Verfall der sozialen und kulturellen Werte beschwören, gefallen sich die anderen in der euphorisierenden Schwärmerei vom Morgenrot einer zweiten Aufklärung, grenzenlosen Kommunikations- und Wissens-chancen und von riesigen Demokratisierungspotenzialen.

Das Thema wird sehr kontrovers, oft emotional und ohne fundierte Sachkenntnis diskutiert. So malen Pessimisten den Untergang des Abendlandes durch den Angriff auf traditionelle Bildungskonzepte an die Wand. Beispielhaft zeigen sie auf eine neue Generation von Schülern, die zwar weiß, wie man aus dem Netz abschreibt und auf Facebook mit den Freunden „postet“ und „chattet“, aber kaum Ahnung hat von Rechtschreibung oder Goethes Faust. Die digitalen Optimisten dagegen schwärmen geradezu von innovativen, kreativen und nachhaltigen Lehr- Lernformationen im Unterricht, die durch „Lernen 2.0“ endlich Realität werden.

Wer hat also Recht? Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo dazwischen. Wie die Geschichte der Medien zeigt, haben bisher die neuen Entwicklungen nie die bereits bestehenden vollständig verdrängen können, sondern diese allenfalls verändernd ergänzt.

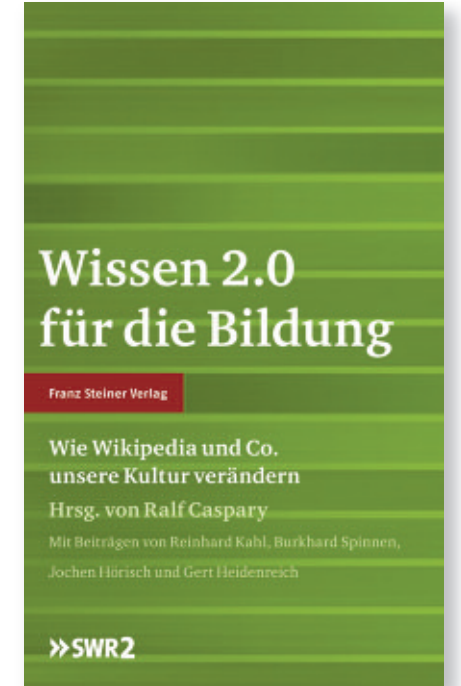
Von diesem Ansatz geht auch der Herausgeber des vorliegenden Bandes aus; er enthält Hörfunkessays aus der Sendung SWR 2 AULA. Die Autoren sind namhafte Pädagogen, Schriftsteller und Kulturwissenschaftler, die sich mit den Gefahren und Chancen der digitalen Medien für das Lehren und Lernen in Schule und Universität beschäftigen. Herausgeber Ralf Caspary ist Redakteur in der Abteilung Wissenschaft und seit 2003 Wissenschaftsredakteur und Feature-Autor beim SWR mit den Schwerpunkten Bildung und Neurowissenschaft und zuständig für die Sendungen „Aula“ und „Impuls“.

Die sieben Beiträge suchen nach Antworten auf die Herausforderungen des „Informations- und Kommunikationszeitalters“ für Lehren, Lernen und Bildung zu den Themen: Kultur und digitale Medien / Chaos im Netz und Bildungskanon / Ökonomisierung der Bildungsprozesse am Beispiel der Universitäten / Polemik gegen das Powerpointen/ Neue Medien in schulischen Arbeits- und Lernprozessen.

Den meiner Meinung interessantesten Beitrag des Bandes schrieb der ehemalige Pädagogikprofessor Ulrich Herrmann (Jahrgang 39!). Er stellt im Rahmen von „Schulen ans Netz“ das Projekt „Freie Lernorte- Raum für mehr“ an 60 Ganztags-schulen in ganz Deutschland vor; er fordert zunächst grundsätzlich einen Perspektivenwechsel weg von der Informationsvermittlung, die jetzt über die Neuen Medien verfügbar sind, hin zur Initiierung und Beratung von Schüler-Arbeits-Vorhaben. Die alles erfordere aber ein Umdenken und Umstrukturierungen der Tätigkeiten. So müsse der Nutzung der neuen Medien eine schulisch-pädagogische Lehrer-Arbeit als Vorarbeit vorgelagert sein. Computer und Internet seien Instrumente, die aus unserer Alltagswelt nicht mehr wegzudenken sind; so argumentiert er mit von Hentig: „Der Computer ist nicht des Teufels; er stört die Bildung nicht; er zerstört sie schon gar nicht; er macht sie nicht überflüssig; er ersetzt sie aber auch nicht“ (S.91). Es komme darauf an, die unvorstellbaren Mengen an Informationen in ein stabiles Ordnungsmuster von Vorstellungen und Urteilen zu bringen durch Gespräche, Begegnungen und Geschichte.

Herrmann schlägt einen „Mix von Lernsoftware und Internet, offenem Unterricht und Portfolio“ vor; dies komme auch den Lehrerinnen und Lehren zugute, die sich jetzt „sorglos und entspannt einzelnen Schülerinnen und Schülern zuwenden“ (S. 99). Arbeiten und Lernen finde dann in der Schule statt und nicht nachmittags zu Hause oder bei der Nachhilfe: „Aber der Erfolg der Neuen Medien wird sich nicht aufhalten lassen, so dass alle Beteiligten- die Schule, die Lehrkräfte, die Schüler- endlich ihre strukturellen Entsprechungen finden werden: alle lernen, gemeinsam und individuell. Die immer wieder geforderte Individualisierung hat endlich ihr Instrumentarium gefunden: die Neuen Medien. Sie könnten Motor einer neuen Schul- und Lernkultur werden“ (S. 100/1001).

Peter J. Brenner warnt davor, dass die Quantität des Wissens die Qualität der Bildung bedrohe (S. 27), da die alten Wissensordnungen „unter dem Druck der Internetdynamik verdampfen“ (S. 28). Das Internet sei nach seiner Struktur kanonfeindlich und Brenner macht dies an der Online-Enzyklopädie Wikipedia deutlich: „Diese Entkanonisierung ist eine der wichtigsten, aber noch nicht richtig wahrgenommenen sozialen und kulturellen Folgen der Netzentwicklung... Nicht aber streiten lässt sich, dass eine Gesell-



schaft ohne die kulturellen Bindekräfte eines kanonisierten Wissens aus allen Kulturbereichen vom Zerfall bedroht ist“ (S. 39). Doch wer diesen Kanon entwickeln könnte und wie der inhaltlich ausgestaltet sein müsste, lässt Brenner offen. Jochen Hörisch beklagt mit Recht, die dass die Idee von der hektischen und entfesselten Ökonomie der Aufmerksamkeit und die damit korrespondierende ökonomische Leitorientierung mit der „Bologna-Reform“ auch die universitäre Bildung erobert habe; an die Stelle von Bildung sei eine „marktkonforme Ausbildung“ getreten.

Der vorliegende schmale Band hat Power; seine Beiträge sind sinnvoll ausgewählt, vertreten sie auch nicht die jeweiligen Extrempositionen, sondern unterscheiden sich in den Schwerpunkten, die sie setzen. Insgesamt regen sie zu einem fruchtbaren Austausch über Vor- und Nachteile digitalen Lehrens und Lernens (Wissen und Lernen 2.0) an und zeigen Wege und praktische Beispiele für eine zukunftsweisende Zusammenführung der alten und neuen Medien. ■

Klaus Ludwig Helf

Ralf Caspary (Hrsg.):
Wissen 2.0 für die Bildung. Wie Wikipedia und Co. unsere Kultur verändern.
Franz Steiner Verlag Stuttgart 2011
121 Seiten, kartoniert
ISBN: 978-3-515-09881-6
Preis: 17,90 Euro



„Erste-Hilfe-Koffer“ mit Unterstützung für den Lehreralltag

Wie können LehrerInnen Mobbing beenden?



„Einer meiner Schüler wird gemobbt! Was soll ich tun? Und was sollte ich lieber lassen?“ Lehrkräfte, die sich diese Fragen stellen müssen, haben keine leichte Aufgabe vor sich. Denn Mobbing ist ein Problem, das nicht unterschätzt werden darf. Wenn der Fall eintritt, muss gezielt gehandelt werden. Der Band "Mobbing beenden" aus der neuen Reihe "Erste-Hilfe-Koffer" unterstützt dabei, die Situation zu analysieren und sicher und zügig die richtigen Maßnahmen auszuwählen.

Bevor gehandelt wird, sollte sich jede Lehrkraft fragen, ob tatsächlich ein Mobbingfall vorliegt oder ob bewährte Verfahren der Streitschlichtung helfen können. Auf Mobbing weisen etwa eine Täter-Opfer-Struktur und ein länger anhaltender Vorgang hin. Bei dieser Klärung hilft der Erste-Hilfe-Koffer mit einem Teil zur Problemanalyse. Hier werden im nächsten Schritt auch verschiedene Interventionsmethoden vorgestellt, die je nach Art und Schwere des Falls eingesetzt werden können, etwa der No blame approach für erstmals auffällige Schüler oder die Farsta-Methode bei Wiederholungstätern. Beim konkreten Einschreiten helfen To-do-Listen. Auch

präventive Maßnahmen und das Phänomen des Cybermobbings werden auf diese Weise, zunächst Analyse, dann Anleitung, beleuchtet. Wer in der Anleitung auf unbekannte oder aufwändige Tätigkeiten stößt, findet weiterführende Hinweise, Materialien und Vorlagen im sogenannten „Werkzeugkasten“.

Die neue Reihe Erste-Hilfe-Koffer bietet Unterstützung im Schulalltag. Jeder Titel ist als Werkzeugkasten konzipiert, systematisch aufgebaute To-do-Listen führen mit Querverweisen zu den jeweils passenden Materialien. Eine Literaturliste rundet jeden Band ab. Die ersten Titel widmen sich den Themen „Mobbing beenden“ und „Klassenlehrer“. ■

(red.)

Peter Jansen, Max Lachner und Florian Schwarz:
Erste-Hilfe-Koffer. Mobbing beenden.
Cornelsen Verlag, 72 Seiten
ISBN: 978-3-589-16259-8
Preis: 18,95 Euro

Wahrscheinlichkeit in der Grundschule



Nun, sicherlich ist die Stochastik ein Thema, das man als Grundschullehrkraft manches mal lieber umschiffen möchte, als dass man sich näher damit beschäftigt. Dennoch gehören Daten und der Umgang mit ihnen zu den grundlegenden Vorstellungen im Mathematikunterricht und das auch schon in der Grundschule.

Umso besser, dass sich einige Verlage um diese Bedürfnisse kümmern. Das Arbeitsheft 'Daten, Wahrscheinlichkeit und Kombinatorik' aus dem Verlag an der Ruhr liefert ein paar nette Anregungen zur Implementierung dieses Gebietes in den Mathematikunterricht der Grundschule.

Kopierfähige Vorlagen mit einem kurzen Kommentar und den dazugehörigen Lösungen machen das Heft zu einem praxistauglichen Begleiter.

Allerdings hätte man besser an der einen oder anderen Stelle auf eine grundschulgerechte Sprache geachtet, sowohl bei den Aufgabenstellungen als auch bei den Begründungen. Empfehlenswert sind einige Aufgaben eher für die Klassenstufen 2 und 3 und nicht, wie auf dem Titel vermerkt für die beiden ersten Klassen. ■

Matthias Römer

Jan Boesten:
Daten, Wahrscheinlichkeit und Kombinatorik
Verlag an der Ruhr, 2014, 56 Seiten
ISBN: 9783834624925
Preis: 14,95 Euro

Soziale Arbeit in Kooperation unterschiedlicher Professionen



5. Saarländischer Sozialarbeitertag Fachtagung „soziale Arbeit im Kontext von Schule“:

Freitag 10.10.2014, 9.00 – 17.00 Uhr

Saarbrücken, HTW, Campus Rastpfuhl

Der weitere Ausbau von gebundenen Ganztagsschulen und die Verpflichtung, künftig alle jungen Menschen unabhängig von individuellen Beeinträchtigungen und Benachteiligungen inklusiv zu unterrichten, werden den schulischen Alltag verändern. Lehrkräfte werden zunehmend mit anderen Professionen am Ort Schule und außerhalb zusammenarbeiten. Die Fachtagung wird sich schwerpunktmäßig mit den Kooperationen der unterschiedlichen Professionen und Systeme am Schulort beschäftigen.

Hauptvorträge:

- Wolfgang Vogelsaenger (Leiter der Ganztagsgesamtschule in Göttingen)
- Prof. Dr. Stephan Maykus (Hochschule Osnabrück)

Arbeitsgruppen:

- Kooperation bei individuellen Hilfen
- Inklusion – eine große Herausforderung für die Zusammenarbeit
- Die gemeinsame Arbeit mit Gruppen an der Schule
- Kooperationsmanagement
- Ganztagsschule und Jugendarbeit – Kooperationspartner oder Konkurrenten.

Die Arbeitsgruppen werden von Experten aus Jugendhilfe und Schule gemeinsam geleitet.

Anmeldung und weitere Infos: **GEW Geschäftsstelle - Michael Landau (0681/66830-15, m.landau@gew-saarland.de).**

Veranstalter:

GEW, GGG, HTW, Landeselterninitiative für Bildung, LPM, ILF und Arbeitskammer

